

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

15.7.1925 (No. 161)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Erpedition:
Karlsruher
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 958
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 2515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
C. K. M. N. D.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— Goldmark einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig. Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klagerhebung, zwangsweiser Vertreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Infereent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Anverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

* Regierungskrisen

Regierungskrisen in Deutschland und in Frankreich! Wenn die heute veröffentlichten Mitteilungen der Zentrums- und Sozialdemokratischen Presse richtig sind, dann hat es gestern sehr heftige Auseinandersetzungen im Reichskabinett gegeben, ohne daß es gelungen wäre, später eine Einigung herbeizuführen. Die Widerstände in der Deutschnationalen Partei würden immer stärker, und ein großer Teil ihrer Reichstagsfraktion arbeite nunmehr ganz offen und unverbürgt auf den Sturz Stresemanns hin. Wie gesagt: Wenn diese Meldungen zutreffen, dann stehen wir nicht erst vor einer Regierungskrise, sondern bereits mitten drin. Die Auffassung aber, daß „das deutsche Volk diese neue parteipolitische Verblendung der Rechten teuer werden bezahlen müssen“, ist sicherlich nicht unberechtigt. Der Grund für das merkwürdige Verhalten der Deutschnationalen liegt auf mancherlei Gebieten. Zunächst ist wohl die bittere Einsicht, daß der Pfad der Teilnahme an der Regierung für jede Partei ein Dornenpfad ist, schuld daran, daß die anfängliche Begeisterung recht nachgelassen hat. Und zumal die Ereignisse bei Erledigung der Aufwertungsfrage haben diese Begeisterung noch besonders stark abgekühlt. Ferner ist natürlich nach der ganzen bisherigen Einstellung der Deutschnationalen der außenpolitische Kurs Stresemanns rein parteitaktisch gesehen, für die deutschnationale Parteiführung in ihrem Verhältnis zu den Wählern zweifellos eine Belastung, da nun einmal die Mehrheit dieser Wähler, durch jahrelange oppositionelle Agitation verführt, auch heute noch meint, mit einem Auftrumpfen in der Außenpolitik könne man mehr erreichen.

Der Hauptgrund aber ist sicherlich darin zu suchen, daß sich die Hoffnungen der Deutschnationalen, durch ihre Anteilnahme an der Regierung eine besondere Machtstellung gewinnen und für die speziellen Parteinteressen recht viel herauszuschlagen zu können, nicht erfüllt haben. Und nun müssen sie es auch noch erleben, daß die Agrar-Mindestzölle von erheblichen Teilen der Deutschen Volkspartei und der Mehrheit der Zentrumsfraktion abgelehnt werden. Damit ist die Mehrheit für diese Mindestzölle, die schon an und für sich auf schwachen Füßen stand, völlig erschüttert. Gleitende Zölle sind es, die von den Gegnern der Mindestzölle vorgeschlagen werden. Ihre Annahme im Reichstag wäre nicht unwahrscheinlich; aber die Deutschnationalen wollen sich offenbar mit diesen gleitenden Zöllen nicht abfinden. Und, wie es zu den Zeiten des alten Systems hieß: „Kein Kaniz, keine Röhne!“, so heißt es jetzt: „Keine Mindestzölle, kein Stresemann!“

Die Rechnung der Deutschnationalen stimmt eben nicht. Sie haben gedacht, die Gunst der Wähler werde ihnen nicht nur treu bleiben, sondern diese Gunst werde sich noch vergrößern, und sie müssen sehen, daß zahlreiche Wähler sich wieder von ihnen abwenden. Sie haben geglaubt, als Gegenleistung für ihre Zustimmung zur Außenpolitik Stresemanns Mindestzölle zu bekommen, und sie sehen auch diese Hoffnung zu Wasser werden. Für eine Partei, die so sehr Anbeterin des Machtprinzips ist, wie die Deutschnationale Volkspartei, können alle diese Erfahrungen bedeutungsvoll sein, um sie aus der Regierung, das heißt aus dem Bereich entscheidungsvoller und selbstloser Mitarbeit, hinauszuweisen. Da schon in aller nächster Zeit eine Klärung stattfinden muß, wird auch diese Frage bald ihre Beantwortung finden.

In Frankreich hat die Regierung Painlevé in der politisch entscheidenden Abstimmung der Kammer über die Umsatzsteuer nur dadurch eine Majorität für sich gewonnen, daß der größte Teil der Rechten für die Regierung bzw. für den Finanzminister Caillaux stimmte. Der weitaus größere Teil des Linksblocks, aus dem die Regierung hervorgegangen ist, voran die Sozialisten, stimmten gegen die Regierung. Die Partei aber, der Painlevé und Briand selber angehören, die republikanischen Sozialisten, schied sich in zwei Hälften, von denen lediglich die kleinere Hälfte für die Regierung eintrat.

Also auch hier die offenkundige Krise! Denn die Mehrheit, die das Kabinett bildete, besteht nicht mehr, und zwei der hervorragendsten Männer der Regierung haben nicht einmal mehr das Vertrauen der Partei, die sie selbst in das Kabinett entsandte. Die neue Mehrheit entspricht etwa dem, was man eine Mehrheit der Mitte oder der Konzentration nennt. Der Mann aber, der diese Mehrheit zusammenfügte, ist Caillaux. Er wird denn auch sicherlich in der im Herbst nach den Sommerferien neu zu bildenden Regierung die Hauptrolle spielen.

Was die Person Caillaux betrifft, so erfreut er sich des Rufes eines überzeugten Linkspolitikers, und es war ja auch nur eine innerpolitische, und zwar finanz- und wirtschaftspolitische Angelegenheit, welche das Gros der Rechten ihm zuführte. Daß Caillaux nach außen eine Politik à la Poincaré befolgen könnte, ist nach der Vorgeschichte dieses Mannes wohl nicht gut denkbar.

Deutscher Reichstag

W.D. Berlin, 14. Juli.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über

die Ablösung öffentlicher Anleihen.

Bei Art. 1, wonach die Markanleihen des Reiches in die neue Ablösungsschuld des Reiches umgetauscht werden sollen, findet zunächst eine allgemeine Besprechung statt. Von den Sozialdemokraten liegt ein Antrag vor, den Entwurf an den Aufwertungsausschuß zurückzuweisen und ihn nach bestimmten Richtlinien umzugestalten.

Abg. Dr. Lehner (Soz.) führt aus, der Abg. Fergt begann neulich seine Rede damit, daß der Spatz in der Hand besser sei als die Taube auf dem Dache. Was hier den armen Sparern geboten wird, ist tatsächlich ein abgemagertes Sperling, so gerufen, wie die Deutschnationalen jetzt selbst sind. Das Kompromiß ist ungenügend. Wir wollen eine Inflationssteuer auf die Besitzenden legen, um den armen Sparern zu helfen. Die richtige Antwort auf den Streik der Börse wäre gewesen, auch die letzten 2% Prozent der Aufwertung für die Spekulation zu streichen.

Namens der demokratischen Fraktion gibt der Abg. Freiherr von Nitsch-Rohn eine Erklärung ab, in der es u. a. heißt: Wir sind einmütig der Auffassung, daß das vorliegende Gesetz eine sehr unglückliche Fassung erhalten hat und zu den schwersten Bedenken Anlaß gibt. Der Gesetzentwurf bedarf umso mehr einer Neuprüfung, weil seine Wirkungen für die Kreditfähigkeit des Deutschen Reiches unabsehbar seien. Wir werden daher dem Antrag der Sozialdemokraten, soweit er sich auf die Zurückweisung an den Ausschuß bezieht, zustimmen.

Abg. Seiffert (Wölk.) lehnt die gegenwärtige Fassung der Vorlage für sich und seine Parteifreunde ab, weil diese Fassung einen Rechtsbruch darstelle, wie er sich noch nie in der Welt ereignet habe. Für die Mittel für die Aufwertung müsse vor allem eine Inflationssteuer geschaffen werden, für die sich die Parteien der Linken, das Zentrum, die Wirtschaftliche Vereinigung, sowie die Wölkischen ja auch grundsätzlich bereit erklärt hätten.

Das Haus nimmt dann die rüdfständigen

Abstimmungen zum Hypothekenaufwertungsgesetz

vor. Beim Kapitel Aufwertung der Sparfahnguthaben wird ein Antrag Reil (Soz.) mit 243 gegen 178 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen abgelehnt, der den Aufwertungsmindestsatz von 12 Proz. auf 25 Proz. erhöhen wollte. Es bleibt somit bei 12 Proz. für die Sparfahnguthaben.

Annahme mit den Stimmen der Linken, des Zentrums und der bayerischen Volkspartei findet ein Antrag des Abgeordneten Dr. West (Wölk.), der einen Satz im Paragraphen 67 streicht und dadurch beim Kapitel „Vergleiche und Vereinbarungen“ eine Ausnahmebestimmung für die Kaufleute als Gläubiger, befreit, ein Antrag des Abg. Dr. Feinze (W.D.), der die Reichsregierung ermächtigt, weitere Vorschriften über die in Aufwertungsfragen erwachsenden Gebühren und Kosten zu erlassen, wird im Himmelsprung mit 289 gegen 127 Stimmen angenommen.

Abg. Dr. Korfch (N.) bezweifelt die Rechtsgültigkeit der Abstimmung, da mehrere sozialdemokratische Abgeordnete irrtümlich, wie sie zugegeben hätten, mit Ja stimmten.

Präsident Koebe erklärt die Abstimmung für rechtsgültig und verweist auf die Möglichkeit, in der dritten Sitzung den Fehler zu korrigieren (Heiterkeit).

Im weiteren Verlauf der Abstimmungen werden alle Anträge der Opposition abgelehnt und die Kompromißvorlage des Hypothekenaufwertungsgesetzes wird in zweiter Lesung bewilligt.

Das Haus nimmt dann die Weiterberatung der Vorlage für die Anleihaufwertung vor.

Abg. Feder (Wölk.) lehnt die Vorlage ab die er als Unrecht bezeichnet.

Abg. Dr. Korfch (Komm.) betont, die Inflationsgewinnler müßten jetzt zugunsten der Aufwertungsopfer herangezogen werden. Die gegenwärtige Vorlage bedeute in der Praxis eine endgültige Annullierung der Schulden des Reiches.

Während der Debatte befinden sich von den 493 Abgeordneten etwa 30 (!) im Saale.

Abg. Saube (S.) fordert im Sinne eines sozialdemokratischen Antrages eine sofortige Sondersteuer von den Vermögenswerten über 30 000 Mark, die in der Kriegs- und Nachkriegszeit entstanden sind, einen Zuwachs erfahren oder sich nicht um mehr als 20 Prozent vermindert haben. Damit schließt die allgemeine Aussprache.

In der Eingelassensprache begründet Abg. Reil (S.) einen Eventualantrag, der von der Aufwertung aller Markanleihen des Reiches ausschließen will, die der Gläubiger sich nachweislich vor dem 1. Juli 1922 erworben hat (Streichung des Neubestehens).

Ein Regierungsvertreter bezweifelt, daß die Spekulanten überhaupt noch im Besitze der Anleihen sind, die sie zu Spekulationszwecken erworben haben. Diese Stücke seien rasch von Hand zu Hand gegangen. Die Reichsanleihe A. G. habe einen großen Posten der kurzfristigen Anleihestücke aufgekauft.

Abg. Seiffert (Wölk.) fordert aus völkischen und nationalen Gründen die Streichung des Absatzes 2 im § 4, der die Verzinsung der Anleiheablösungsschuld bis zum Erlöschen der Reparationsverpflichtungen ausschließt.

§ 5 der Vorlage setzt den Aufwertungsfuß der Anleihen auf 2 1/2 Proz. fest. An späterer Stelle steht das Gesetz eine Verbesserung des Satzes für Altbefitzer vor.

Abg. Dr. West (Wölk.) begründet seine Änderungsanträge, die eine 20prozentige Aufwertung für Anleihen fordern.

Die Sozialdemokraten haben einen entsprechenden Antrag eingebracht. Während die Vorlage keine Verzinsung der Anleiheablösungsschuld vorsieht, sondern nur ein Auslösungsrecht und unter bestimmten wirtschaftlichen Voraussetzungen ein Recht auf Vorzugsrente schaffen will, begründet Abg. Dr. West (S.) einen Antrag, der eine 5prozentige Verzinsung der Ablösungsschuld fordert. Das Auslösungsrecht sei bemerkenswert, weil es das Vertragsrecht verletze.

Die Paragraphen 15 bis 27 der Vorlage behandeln die Kapitel Vorzugs- und Wohlfahrtsrente. Ein Anleihegläubiger, der bedürftig ist, d. h. ein Jahreseinkommen von nicht mehr als 300 Mark hat, soll 80 Proz. des Nennwertes seines Auslösungsrechtes zugebilligt erhalten können. Mehr als 300 Mk. jährlich darf diese Vorzugsrente aber nicht betragen.

Abg. Ströbel (Soz.) begründet Änderungsanträge zu diesem Kapitel. Er will die Bedürftigkeitsgrenze erhöhen, und die Religionsgesellschaften von der Wohlfahrtsrente ausschließen.

Abg. Saube (Soz.) meint, der Wohlfahrtsrentenparagraph habe sich im Volke des Namens „Schweinefleisch-Paragraf“ zu erfreuen, weil die Armen, die Wohlfahrtsrenten, die sie gleich in Anspruch nehmen wollen, vorher in Gestalt der Landwirtschaftszölle bezahlen mußten.

Abg. Nimm (Dn.) erklärt, daß alle Angriffe auf die Bestimmungen, die den Religionsgesellschaften eine Wohlfahrtsrente zubilligen, seine Freude darüber nicht trüben können, daß schon in der ersten Lesung für die Ansprüche der Armen der Armen im Gesetz gesorgt worden sei. Gerade diese Wohlfahrtsrenten hätten durch die Inflation den allergrößten Teil ihres Vermögens verloren und brauchten für ihre barmherzige Tätigkeit wenigstens einen Teil ihres Vermögens zurück.

Abg. von Nitsch-Rohn (D): Auch dieser § beweise, wie wenig durchgearbeitet das Gesetz noch gegenwärtig sei. Es sei ein Konfens über Einnahmen zu verfügen, die noch garnicht vorhanden seien. Das Gesetz müsse noch einmal im Ausschuß behandelt werden. (Lebhafter Beifall links.)

Bei dem Gesethesteil, der für die Aufwertung der Markanleihen der Länder und Gemeinden Bestimmungen trifft, betonte Abg. Nitz (D), daß der Reichstag bei Aufwertungs- und Steuerfragen im besten Zuge sei, die Interessen der deutschen Städte in einer Weise zu mißachten, die für die Städte von den verheerendsten Folgen sei und auch eine Bedeutung für die Beziehungen der Länder zum Reiche haben werde.

Abg. Reil (S) betritt ebenfalls diese Auffassung.

Nach 8 Uhr abends beginnt das Haus mit den Abstimmungen zum Anleiheablösungsgesetz. Gegen den Antrag Reil (S) auf Rückverweisung der Anleihevorlage an den Aufwertungsausschuß wird in namentlicher Abstimmung mit 282 gegen 183 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen abgelehnt. Ein demokratischer Antrag, der die Rückverweisung des Anleiheablösungsentwurfes ohne besondere Behandlungsbestimmungen vornehmen will, wird ebenfalls in namentlicher Abstimmung mit 235 gegen 193 Stimmen bei einer Stimmenthaltung abgelehnt.

In einfacher Abstimmung werden auch die Anträge der Sozialdemokraten und des Abg. West auf Erhöhung des Aufwertungsfußes für Anleihen von 5 auf 20 Proz. abgelehnt, sodas es bei der 5%igen Aufwertung der Anleihen bleibt. Annahme findet der Kompromißantrag, der den Betrag für Wohlfahrtsrenten für wissenschaftliche Zwecke im Gesetz von 5 auf 10 Millionen erhöht. Auch die Demokraten haben für diesen Antrag gestimmt. Im übrigen werden alle Anträge der Oppositionsparteien abgelehnt und die Gesetzesfassung des Kompromißpartei aufrecht erhalten. Mit den Oppositionsparteien stimmten einige Male auch der linke Flügel des Zentrums, ohne daß eine Mehrheitsbildung dadurch möglich gewesen wäre. Die Vorlage wird darauf nach den Beschlüssen der Kompromißpartei in zweiter Lesung angenommen.

Gegen 9 1/2 Uhr verläßt sich das Haus auf Mittwoch 3 Uhr nachmittags. — Dritte Lesung des Hypothekenaufwertungsgesetzes und 2. und 3. Beratung des Gesetzentwurfes über die Errichtung der Rentenbankkreditanstalt.

Aus den Ausschüssen des Reichstags

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstages beschäftigte sich mit dem Handels- und Schiffahrtsvertrag zwischen dem Deutschen Reich und dem vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland, sowie mit dem Freundschafts-, Handels- und Konsularvertrag zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika. Es wurde ein deutsch-amerikanischer Antrag angenommen, der die Regierung ersucht, vor Beginn der Beratungen des deutsch-englischen Handelsvertrages im handelspolitischen Ausschuß des Reichstages eine vollständige Übersicht über das System der Präferenz-Zölle, die innerhalb des englischen Königreichs gelten, vorzulegen. Der Vorsitzende, Abg. Fergt (Dnfl.) stellte fest, daß entsprechend den aus dem Ausschuß erfolgten Anregungen es der Regierung nahegelegt werde, noch vor der Ratifizierung des deutsch-englischen Handelsabkommens Verhandlungen mit England wegen der Einbeziehung der Mandatsgebiete einzuleiten.

Der handelspolitische Ausschuß des Reichstages trat am Dienstag in die Erörterung der Positionen der eisenverarbeitenden Industrie ein und begann dabei mit der Besprechung der Positionen für die Produkte der Kleinenindustrie. Mehrere Redner erhoben grundsätzliche Bedenken gegen die unverhältnismäßig starke Herabsetzung der Vorkriegszölle.

die für Landwirtschaft, Handwerk und Kleinindustrie unentbehrlichen Produktionsmittel. In der Abstimmung wurden die Anträge auf Änderung der Tarifpositionen mit einer durchschnittlichen Mehrheit von 14 gegen 12 Stimmen abgelehnt.

Im sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages wurde folgender Antrag angenommen: Bei der Festsetzung von Unterstellungen öffentlich rechtlicher Art bleiben von dem Einkommen der Gruppe „Bedürftige“ außer den Bezügen auf Grund des Sozialversicherungsgesetzes und der Fürsorgegesetze mindestens 4 des Betrages bis zu 270 M. außer Ansatz. Sodann wurde zu einer Eingabe, die sich mit den Verhältnissen der Sozialversicherung des Saargebietes befaßt, Stellung genommen. Die Leistung der Sozialversicherungsträger sind dort um ein Mehrfaches geringer wie im übrigen Reichsgebiet. Einstimmige Annahme fand zu diesem Kapitel eine Entschließung, die die Reichsregierung ersucht, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln darauf hinzuwirken, daß die Lage der Rentenempfänger des Saargebietes nach Möglichkeit der der Rentenempfänger des übrigen Reichsgebietes angepaßt wird.

Der Steuerausschuss des Reichstages schloß am Dienstag die Beratung der Tabaksteuer fort. Im Verlaufe der Verhandlungen äußerte sich Reichsarbeitsminister Brauns zu einigen von den Sozialdemokraten gestellten Anträgen, die darauf hinauszielen, den durch die Bier- und Tabaksteuererhöhung arbeitslos gewordenen Arbeitern und Angestellten eine besondere Fürsorge aus Reichsmitteln zu gewähren. Der Minister erklärte, daß es nicht angehe, noch eine besondere Fürsorgemaßnahme für bestimmte Gewerbe zu treffen, weil deren Konsequenzen unüberschaubar wären. Zur Annahme gelangte eine Entschließung Brüning (Ztr.), die die Reichsregierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß durch die vorgeschlagene Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer eine Entlassung von Arbeitern und Angestellten verhindert wird. Ebenso fand Annahme eine weitere Entschließung Brüning (Ztr.), die die Reichsregierung ersucht, darauf hinzuwirken, daß die Angestellten und Arbeiter, die infolge der Erhöhung der Bier- und Tabaksteuer arbeitslos werden sollten, in dem Sinne zu behandeln, daß ihre Erwerbslosigkeit als Kriegsfolge im Sinne des Erwerbslosenfürsorgegesetzes betrachtet wird. Weiter sollen die erpönten Erwerbslosen über die gesetzlichen Bestimmungen hinaus zunächst auf ein Jahr unterstützt werden. Alle Anträge der Demokraten, Sozialdemokraten und Kommunisten wurden abgelehnt. Bevor es zur Abstimmung über die Initiativvorlage der Regierungsparteien kommt, erklärt namens der sächsischen Regierung Herr von Sichert, daß die sächsische Regierung die Erhöhung der Zigarettensteuer von 40 auf 50% für unmöglich halte. Die Vorlage wurde dann gegen die Stimmen der Kommunisten, Sozialdemokraten und Demokraten in erster Lesung angenommen.

Politische Neuigkeiten

Bayern und der Finanzausgleich

In der Vollziehung des bayerischen Landtages wandte sich Ministerpräsident Dr. Held in Anwesenheit des gesamten Kabinetts vor Eintritt in die Tagesordnung mit einer längeren Erklärung gegen die beabsichtigte Regelung des Finanzausgleichs zwischen Reich und Ländern, sowie gegen die geplante Kontrolle der Finanzgebarung der Länder und Gemeinden. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde von dem vollbesetzten Hause an verschiedenen Stellen mit Zustimmungskundgebungen aufgenommen.

Der Ministerpräsident erklärte: Die gegenwärtige Haltung der Reichsregierung scheint mir zu sein, daß sie zu wenig Bedacht nimmt auf das, was verfassungsmäßig festgelegt ist und was das praktische Leben der Länder unter allen Umständen von der Reichsregierung und der Reichsfinanzverwaltung erheischt. Es handelt sich darum, ob durch die Befestigung der finanziellen Verhältnisse zwischen Reich, Ländern und Gemeinden nicht den Zustand herbeiführen wird, der den letzten Rest des Eigenlebens vernichtet. Seit fünf Jahren stehen die Länder in fortwährendem Kampf mit dem Reich um ihre Existenz auf finanziellen Gebiet. Die Reichsregierung will unter 90prozentigen Anteil an der Einkommen- und Körperschaftsteuer auf 75 Prozent zurückschrauben. Außerdem will das Reich uns von der auf 1 1/2 Prozent ermäßigten Umsatzsteuer 25 Prozent bis 1. April 1926 geben, von da an soll eine Kürzung auf 80 Prozent eintreten. Ferner soll uns die Hauszinssteuer zur selbständigen Ausschöpfung überwiesen werden. Die Länder haben daher alle Veranlassung, sich gegen diese Regelung zu wehren. Wir sind nicht willens, uns für den Finanzausgleich zu Provinzen herabdrücken zu lassen.

Namens der Staatsregierung lege ich energisch Einspruch ein gegen eine solche Art des Finanzausgleichs. Ich hoffe, daß im letzten Augenblick noch der Reichstag und die Reichsregierung im eigenen Interesse des Reiches davon Abstand nehmen, solche Wege zu gehen. Unsere Politik hat den Nachweis geliefert, daß wir die letzten sind, die dem Reiche etwas nehmen wollen, was es braucht. Umso mehr aber legen wir Protest ein gegen die Finanzgebarung, die den Ländern das Eigenleben ausbläht.

Nach den mit großem Beifall aufgenommenen Erklärungen des Ministerpräsidenten stimmten sämtliche Parteien mit Ausnahme der kommunistischen einer Entschließung zu, in der seitens des Landtages in letzter Stunde eine warnende Stimme an die Reichsregierung und den Reichstag erhoben wird, nicht Maßnahmen zu treffen, die das Eigenleben der Länder völlig untergraben und in der dagegen Einspruch erhoben wird, daß die Länder und Gemeinden zur Deckung ihres Finanzbedarfes auf die Steuerquellen aus der Umsatz- und Gebäudesondersteuer verwiesen werden sollen. Außerdem wird auch gegen die geplante Kontrolle der Finanzgebarung der Länder und Gemeinden durch das Reich Einspruch erhoben.

Zusammenarbeit zwischen Wasserstraßen und Eisenbahnen

In München fand die Hauptversammlung des Zentralvereins für die deutsche Binnenschiffahrt statt. Eine Erklärung des Vertreters der Reichsbahngesellschaft, Staatssekretär a. D. Bogt, führte auf Antrag Dr. Schmitz-Duisburg zur Annahme folgender Entschließung: Der Zentralverein für die deutsche Binnenschiffahrt begrüßt die heutige Erklärung des Vertreters der Reichsbahn über die Notwendigkeit einer künftig besseren Zusammenarbeit zwischen den Wasserstraßen und der Reichsbahn. Er mißt dieser Erklärung ganz besondere Bedeutung bei, da sie ihre Grundlage in den eben beendeten Beratungen des Verwaltungsrats der Reichsbahn über die Wasserumschlagstarife hat. Die Einführung der Erweiterung dieser Tarife ist für die Entwicklung des deutschen Wasserstraßenverkehrs für das deutsche Binnenschiffahrts- und Seefahrtswesen gerade wegen seiner schweren Notlage direkt von ausschlaggebender Bedeutung, so daß der Zentralverein für die deutsche Binnenschiffahrt es für seine Pflicht erachtet, am Tage seiner Hauptversammlung der bestimmten Erwartung Ausdruck zu geben, daß nunmehr in ganz kurzer Frist der systematische Ausbau der Wasserumschlagstarife durchgeführt wird.

Die deutsche Antwortnote

Nach seiner Rückkehr aus Dresden hat Reichsminister Dr. Luther den Blättern zufolge eine Besprechung mit den Kabinettsmitgliedern, die sich mit den laufenden Angelegenheiten befaßt und in der auch, wie die Blätter wissen wollen, die deutsche Antwortnote zur Sprache kam. Die Ministerpräsidenten der Länder sollen am Donnerstag über den Inhalt der Note verständigt werden, die am Freitag oder Samstag im Auswärtigen Ausschuss des Reichstages mitgeteilt werden soll und dann nach den Informationen des „Berl. Tageblattes“ und der „Germania“ alsbald abgefaßt werden dürfte.

Die englisch-russische Spannung

Neuer veröffentlicht eine Unterredung mit Katowski, in der dieser mitteilte, daß bei seiner Unterredung mit Chamberlain die Frage eines Bruches mit der russischen Regierung nicht erörtert wurde. Daraus ziehe er jedoch keineswegs den Schluß, daß die Beziehungen zwischen der russischen und der britischen Regierung vollkommen normal seien. Dies zu behaupten würde bedeuten, die öffentliche Meinung in England und England irreführen. Es bestehe eine Krise; diese Krise sei tatsächlich chronisch. Die russische öffentliche Meinung sei der Ansicht, daß in England niemand vorhanden sei, der nicht die Schaffung normaler Beziehungen zu England wünsche. Nicht ein einziges russisches Blatt führe einen Kampf zugunsten eines Abrückens der Beziehungen, in England dagegen habe ein Teil der öffentlichen Meinung Ansichten zum Ausdruck gebracht, die sich gegen die Sowjetunion richteten.

In amtlichen britischen Kreisen wird über die längere Unterredung zwischen Chamberlain und Katowski Stillschweigen gewahrt. Wie jedoch zuverlässig verlautet, bleibt die Lage mit Bezug auf die englisch-russischen Beziehungen genau so, wie sie vor der Abreise Katowski's nach Moskau war. Es wird darauf hingewiesen, daß Chamberlain im Unterhaus erklärte, er könne nicht sagen, daß die Propaganda der englisch-russischen Handelsabkommens von der Sowjetregierung lokal ausgeführt worden sei. Weiter wird in politischen Kreisen betont, daß die letzten Ereignisse in China nicht dazu angetan seien, die britische Regierung von dieser Auffassung abzubringen und es sei daher im Gegensatz zu allen anderslautenden Meldungen anzunehmen, daß auch die von Katowski auf Grund seiner Moskauer Eindrücke gemachten Mitteilungen nichts von der bestehenden Lage zwischen England und Russland geändert hätten. — Wie bekannt, gründet sich die Politik der britischen Regierung gegenüber Russland auf die beiden folgenden Hauptforderungen: Einstellung der anti-britischen Propaganda der Sowjetregierung und Liquidierung der russischen Schulden an England.

Laut „Manchester Guardian“ erhob Chamberlain bezüglich der Ereignisse in China gegenüber Katowski energische Vorstellungen. Er ersuchte ihn, der Sowjetregierung mitzuteilen, daß die britische Regierung eine russische Einmischung in Fragen, die ausschließlich China und Großbritannien angehen, nicht unbegrenzt dulden könne.

Kurze Nachrichten

Der Reichspräsident empfing das Präsidium der Kolonialen Arbeitsgemeinschaft und nahm deren Bericht über den unlängst erfolgten Zusammenschluß der Kolonialvereine usw. zur kolonialen Reichsarbeitsgemeinschaft und über die Ziele und Arbeiten dieses Verbandes entgegen.

Das Werk des Untersuchungsausschusses. Nach Mitteilung der Blätter steht das endgültige Erscheinen des Werkes des großen parlamentarischen Untersuchungsausschusses des deutschen militärischen Zusammenbruchs im Herbst 1918 unmittelbar bevor. Nach sechsjähriger Arbeit hat der Untersuchungsausschuss über die Ursachen des militärischen Zusammenbruchs seine Arbeit beendet und wird in den nächsten Tagen das Ergebnis seiner Tätigkeit in drei stattlichen Bänden dem Reichstag vorlegen.

Der Kriegsbefähigtenausschuss des Reichstages beschäftigt sich in seiner Dienstausschussung mit Anträgen betr. die Erhöhung der Bezüge der Blinden. Dabei wurde die Erhöhung der Futterkosten für die Blinden-Hunde in den Orten der Sonderklasse auf 156 Mark, in den Orten der Ortsklasse A auf 144, in denen der Ortsklasse B und C auf 132 Mark und in denen der Ortsklasse D auf 120 Mark beschlossen.

Der Telephondienst zwischen Deutschland und England. Im Unterhaus fragte Kenworthy den Generalpostmeister, wann der Telephondienst zwischen Norddeutschland und der englischen Nordostküste aufgenommen werden würde. Wolmer erwiderte, es werde erwartet, daß ein Telephondienst zwischen England und Deutschland in etwa 12 Monaten eröffnet werden könne. Die Leitung werde durch Holland gehen. Ein Unterwasserkabel sei von der holländischen Regierung in Auftrag gegeben worden und es würden verschiedene Landlinien gelegt.

Das französische Nationalfest ist am Dienstag in Paris offiziell in bescheidener Form gefeiert worden. Die übliche militärische Parade in Longchamps war abgefaßt worden. Es fand nur eine bescheidene militärische Feiertag am Grabe des unbekanntem Soldaten statt. Zwischenfälle sind bis jetzt nicht gemeldet.

Das englische Flottenbauprogramm. Den Blättern zufolge wird das englische Kabinett eine Denkschrift über das endgültige Flottenbauprogramm erörtern, die ein Ausschuss unter dem Vorsitz von Lord Virenshead vorbereitet hat. Wie es heißt, wird die Denkschrift vorschlagen, die Zahl der in den nächsten drei Jahren zu erbauenden Keinen Kreuzer, die von der Arbeiterregierung auf acht herabgesetzt worden ist, auf 19 zu erhöhen. Daily Mail erklärt, die Admiralität halte diese Zahl für das Mindestmaß dessen, was die britische Flotte zur Aufrechterhaltung ihrer Schlagkraft brauche.

Überschwemmungskatastrophe. Telegraphische Meldungen aus Korea berichtete von ausgedehnten Überschwemmungen in den inneren und südlichen Bezirken des Landes. Der Schaden wird auf 40 Millionen Yen geschätzt. Es werden zahlreiche Verletzte und 12 Todesfälle gemeldet.

Amerika und die Peking Konferenz. Das Staatsdepartement trat mit den Signatarmächten des Neunmächtevertrages in Verbindung, um sobald wie möglich in Peking eine Konferenz einzuberufen. Wie verlautet, ist Präsident Coolidge der Ansicht, daß die Konferenz die Zollfrage, die Exterritorialität und alle anderen Fragen des Washingtoner Abkommens beraten solle. Es wird erklärt, daß Amerikas bisherige Anstrengungen sich darauf beschränkt haben, die Teilnahme der neun Signatarmächten zu sichern. Mit Großbritannien und Japan hat Amerika noch kein Abkommen über China abgeschlossen.

Achtstündige, statt zwölfstündige Arbeitszeit. Die Standard Oil Company in New Jersey kündigt an, daß sie in ihren mittelländischen Ölfeldern den Achtstundentag einführen wolle. Gleichzeitig sollen die Löhne nach einem neuen System berechnet werden, wodurch den Arbeitern ein teilweiser Ersatz für den entfallenden Lohnausfall gesichert werden soll. Seit den ersten Forderungen im Jahre 1879 wurde täglich 12 Stunden gearbeitet.

Badischer Teil

Der 2. Nachtrag

zum Staatsvoranschlag für die Rechnungsjahre 1924/5 ist jetzt beim Landtag eingegangen. Er wird vom Haushaltsausschuss in Beratung genommen und damit das Plenum beschäftigt. Dieser Nachtrag enthält fast ausschließlich Sachforderungen; Personalangelegenheiten sind — mit wenigen Ausnahmen — nicht in ihm enthalten. Wir werden auf die einzelnen Positionen auszugswise zurückkommen.

Ein neues statistisches Jahrbuch für Baden

Nachdem seit Erscheinen des letzten statistischen Jahrbuchs für Baden 10 Jahre verstrichen sind, hat das Statistische Landesamt in diesen Tagen einen neuen Jahrgang herausgegeben, der sich für jedermann, der sich mit politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Fragen beschäftigt, als ein unentbehrliches Nachschlagewerk darstellt. Auf rund 200 Seiten ist in übersichtlicher, leicht verständlicher Form alles zusammengetragen und veröffentlicht, was an amtlicher Statistik über die verschiedenen Gebiete des öffentlichen Lebens (Geistes- und Wirtschaftsleben, Gesundheitswesen, Wohlfahrtspflege, Rechtspflege usw.) in den letzten Jahren erhoben und verarbeitet worden ist. Der Landesminister findet darin Material über Anbau- und Ernteerträge; der wirtschafliche Landwirt statistischen Erzeugnisse, über die Ergebnisse der Viehzüchtung, über die Verbreitung von Tierseuchen, über das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen, über den Verkehr findet Angaben über die wichtigsten Schulen des Landes, über die Zahl der Lehrer und Schüler usw.; der gewerbliche Arbeitgeber und Arbeitnehmer findet Material über die Verteilung der Industrie nach Amtsbezirken und Branchen, der Kaufmann über Bank- und Kreditwesen, über den Kaufhandel, über Handelschulen usw., der Arzt über die Sterblichkeitsverhältnisse in Baden, über die Verbreitung der Tuberkulose, über die Säuglingssterblichkeit und dergl. mehr.

Das 202 Seiten umfassende Werk in starkem Leinwandband kann sowohl bei der Madlof'schen Druckerei in Karlsruhe, Waldstraße 10/12 (Postfachkonto 7594), als auch beim Badischen Statistischen Landesamt in Karlsruhe, Akademiestr. 1 (Postfachkonto 22565) zum Preise von 3.— RM. bezogen werden. Der Ueberweisung auf das Postfachkonto oder der Bareinzahlung müssen für Porto und Verpackung 40 Pfennig hinzugefügt werden.

Der Wahlleiter in Baden am 26. April d. J.

Geistlicher Rat Dr. Schofer schreibt, eine freie Abendstunde habe ihn zum Studium des Wahlleiters vom 26. April veranlaßt und er wolle nun das Resultat den Lesern des „Bad. Beobachters“ vorlegen.

1. Wohl haben einzelne Gemeinden am 26. April eine Wahlbeteiligung von 90 und mehr Prozent aufgebracht; allein kein Amtsbezirk ist zu finden, der diesen idealen Wahlleiter erzielt hätte.

2. Über 85 Prozent kam ein Amtsbezirk, Mosbach erzielte nämlich eine Wahlbeteiligung von 85,4 Prozent und marschiert so an der Spitze aller Amtsbezirke in ganz Baden. Damit blieb diese Gegend einer alten Tradition treu. Dieses anerkennen zu dürfen, ist mir in Erinnerung an frühere Zeiten eine besondere Freude.

3. Zwischen 80 und 85 Prozent der Wahlbeteiligung stehen: Bretten mit 84,1 Proz., Adelsheim mit 83,7 Proz., Wiesloch mit 83,5 Proz., Wertheim mit 82,1 Proz., Wuchen mit 81,7 Proz., Weinheim mit 81,1 Proz., Sinsheim mit 80,1 Proz.

4. Die nächste Gruppe steht zwischen 75 und 80 Proz. Es sind folgende Amtsbezirke: Forzheim mit 79,4 Proz., Laubhofsheim mit 78,7 Proz., Heibelberg mit 78,5 Proz., Wolfach mit 77,4 Proz., Ettlingen mit 77,0 Proz., Freiburg mit 76,3 Proz., Karlsruhe mit 75,3 Proz.

5. Zwischen 70 und 75 Proz. kommen zu stehen: Säckingen mit 74,6 Proz., Staufen mit 73,8 Proz., Lahr mit 73,7 Proz., Emmendingen mit 73,6 Proz., Billingen mit 72,9 Proz., Offenburg mit 72,6 Proz., Schoppsheim mit 72,6 Proz., Mannheim mit 72,4 Proz., Mehlrich mit 72,0 Proz., Bruchsal mit 71,9 Proz., Konstanz mit 71,7 Proz., Roßtal mit 70,6 Proz., Neustadt mit 70,0 Proz.

6. Unter 70 Proz. aber noch über 60 Proz. kommen zu stehen: Lössach mit 69,2 Proz., Müllheim mit 69,2 Proz., Pfullendorf mit 68,5 Proz., Donaueschingen mit 68,4 Proz., Überlingen mit 67,3 Proz., Waldsloh mit 66,9 Proz., Stodach mit 65,8 Proz., Oberkirch mit 63,8 Proz., Neßl mit 62,7 Proz., Bühl mit 62,1 Proz.

7. Unter 60 Proz. bleibt allein das Amt Engen mit 59,0 Prozent.

Das Land Baden wies am 26. April eine durchschnittliche Wahlbeteiligung von 73,7 Proz. auf. Von Wahlleiter kann bei dieser Ziffer nicht mehr gesprochen werden. Die 17 Amtsbezirke, die über dem Durchschnitt des Landes stehen, sehen ihren Überschuss aufgezehrt von denen, die darüber blieben.

Gründung einer Bodenseeluftverkehrs-gesellschaft

Nach langwierigen Verhandlungen wurde am Donnerstag in Lindau auf Grund zahlreicher Besprechungen und Beratungen durch notariellen Vertrag eine Bodensee-Luftverkehrsgesellschaft gegründet. Die Anregung zur Gründung ging von Oberbürgermeister Siebert-Lindau aus, der im Benehmen mit den Dornier-Metallbauern, G. m. b. H. Friedrichshafen, dem bayerischen Handelsminister, dem süddeutschen Aero-Loth in München, dem württembergischen Arbeitsministerium und der Luftverkehrsgesellschaft Konstanz die Verhandlungen durchführte und zum Abschluß brachte. Die Gesellschaft führt den Namen: Bodensee-Aero-Loth G. m. b. H. mit dem Sitz in Lindau. Sie ist mit einem BarKapital von 170 000 Reichsmark gegründet, das die Stadtgemeinde Lindau, der süddeutsche Aero-Loth in München, die Dornier-Metallbauern G. m. b. H. Friedrichshafen und die Luftverkehrsgesellschaft Konstanz übernommen haben. Die Gesellschaft ist errichtet als Verkehrs- und Erwerbungs-Gesellschaft. Sie hat zum Gegenstand die Veranstaltung von regelmäßigen Fahrten, planmäßigen Luftfahrten zwischen Lindau und Konstanz, Hundsfänge an diesen beiden Orten und Flüge zu den anderen Bodenseestädten. Sie werden zur Durchführung ihres Unternehmens 2 Ganzmetall-Dehlfine mit je 7 Klägen von den Dornier-Metallbauern G. m. b. H. erwerben. Die Betriebsführung wird ihren auf großen Linien eingestellten Betrieb am 22. Juli eröffnen.

Tagung des Vereins für Lichtspieltheaterbesitzer Badens und der Pfalz. Dieser Tage hielt hier der Verein für Lichtspieltheater Badens und der Pfalz seine diesjährige Generalversammlung ab und zwar mit dem Verbande Südbadischer Vereine. In einer Resolution wurde Stellung genommen gegen die schweren Schädigungen, die den Lichtspieltheaterbesitzern durch die Luftspielsteuer und die Erhöhung des Schulpalters auf 20 Jahre zugefügt werden.

Aus der Landeshauptstadt

Ein Aufruf der älteren Angestellten. Wir erhalten folgende Zuschrift: Das ungeheure Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkte der Angestellten hat...

Größe Schweizer Kunstausstellung in Karlsruhe. Das Plakat für die große Schweizer Kunstausstellung ist fertiggestellt. Es ist in mehreren Farben gedruckt, in der Schweiz hergestellt und dem Entwurf nach der Ausstellung zur Verfügung gestellt...

Im auch die Bildhauerkunst gebührend zu Worte kommen zu lassen, werden zwei Hauptpersönlichkeiten der Schweizer Kunst mit einer größeren Anzahl von Werken gezeigt...

Wiener Operette im städt. Konzerthaus. Heute Mittwoch, 16. Juli, kommt die große moderne Ausstattungsoperette 'Gräfin Mariza' von Emmerich Kalman zum 1. Male zur Aufführung...

Wetternachrichtendienst des Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 15. Juli, 8 Uhr vormittags. Die allgemeine Wetterlage ist gegen gestern wenig verändert. Zwei Regentfronten, die heute morgen über England liegen, werden beim Vorüberzug Süddeutschland nicht treffen...

Handel und Wirtschaft Berliner Devisennotierungen

Table with columns for location (Amsterdam, Kopenhagen, etc.), date (15. Juli, 16. Juli), and exchange rates (Geld, Brief).

Kurze Nachrichten aus Baden

D. Forzheim, 15. Juli. Der von den streikenden Goldschmieden angekündigte große Umzug durch die Stadt hat heute morgen gegen 7.30 Uhr begonnen, wo sich auf dem Turnplatz ungefähr 5000 Teilnehmer einfanden...

Staatsanzeiger

Die zweite juristische Prüfung im Frühjahr 1925.

Auf Grund der im Frühjahr 1925 bestandenen zweiten juristischen Prüfung sind folgende Referendare zu Gerichtsaussessoren ernannt worden:

Bergelt, Edwin aus Menzingen, Dr. Ebertsheim, Heinrich aus Mannheim, Dr. Emsheimer, Artur aus Forzheim, Friedrichmann, Maria aus Offenburg, Gut, Friedrich aus Waldshut, Dr. Haas, Friedrich aus Untereggingen, Heim, Friedrich aus Freiburg, Helmig, August aus Kankstadt, Dr. Hoserer, Walter aus Bad Peterstal, Hoffmann, August aus Heidelberg, Holzinger, Wilhelm aus Straßburg i. E., Kaufmann, Gerbert aus Mannheim, Kuch, Emil aus Kollnau, Dr. Lienhart, Karl aus Freiburg, Marschall, Alfred aus Waldorf, Schaub, Eugen aus Muggensturm, Dr. Schmitt, Georg aus Hochbach, Dr. Seblazer, Adolf aus Kirchbach, Dr. Walter, Rudolf aus Enzberg, Dr. Walther, Hans aus Neffrich, Karlsruhe, den 11. Juli 1925.

Das allgemeine Dienstalter der Gerichtsaussessoren.

Auf Grund des § 6 der Verordnung über die Einwirkung des Krieges auf die Anstellung im öffentlichen Dienste vom 17. November 1917 (GBl. 391) sind folgende aus der zweiten juristischen Prüfung im Frühjahr 1925 hervorgegangenen Gerichtsaussessoren, die infolge Einberufung zum Kriegsdienst die zweite juristische Prüfung verspätet abgelegt haben, nach Maßgabe ihrer Prüfungsergebnisse in einen früheren Prüfungsjahrgang eingestellt worden und zwar:

In den Prüfungsjahrgang Frühjahr 1921: Dr. Heinrich Ebertsheim. Späthjahr 1921: Edwin Bergelt. Späthjahr 1922: Friedrich Heim, Eugen Schaub. Frühjahr 1924: Emil Kuch, Dr. Karl Lienhart. Späthjahr 1924: Dr. Walter Hoserer. Karlsruhe, den 11. Juli 1925.

Die in der Presse erschienene Mitteilung, daß der nächste Sonderzug anlässlich der Jahrtausendfeier der Rheinlande am 16. Juli d. J. von Basel nach Duisburg verkehren würde, ist nicht zutreffend. Der Reichsbahndirektion ist von einem derartigen Sonderzug nichts bekannt.

Personeller Teil

Ernennungen, Beförderungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten Aus dem Bereich des Ministeriums des Innern. Besetzt: Verwaltungsobersekretär August Wittenauer beim Bezirksamt Karlsruhe zum Bezirksamt Mannheim.

Unsere Monatsausgaben: Modenschau, Moderne Toiletten - Deutsche Modelle, Wiener Chic - Très Chic, Praktische Schneiderkleider. Telephone 4325 & 404.

Lyons Schnittmuster und Modezeitungen. Generalvertreter für Baden: Otto Widmann, Karlsruhe, Kaiserpassage 42-52. Abonnenten erhalten Rabatt.

Wiener Operette im städtischen Konzerthaus. Morgen Donnerstag, 16. Juli, abends 7 1/2 Uhr Die moderne Ausstattungsoperette Gräfin Mariza von Emmerich Kalman. Billettpreise von M. 1.50 - 5.30.

Große Schweizer Kunstausstellung. 19. Juli Karlsruhe 30. August. Schnittmuster für alle Modelle erhältlich.

Eheanbahnung. Streng reell. Gegr. 1911. Frau Rosa Morasch, Karlsruhe. Kaisersstr. 64 III. Teleph. 4239.

BAUBUND-MÖBEL HERVORRAGEND IN FORM & GÜTE kaufen Sie am besten beim BAD. BAUBUND G.M.B.H. KARLSRUHE Karl Friedrich-Strasse 22 am Rondellplatz TAGL. GEÖFFNET VON 8 1/2-12 1/2 UND 2-6 1/2 UHR.

Bekanntmachung über den Aufruf und die Einziehung der Badischen Banknoten, deren Ausfertigungsdatum vor dem 11. Oktober 1924 liegt.

Neue Räder für Herren und Damen, sowie alle Ersatzteile erhalten Sie bei H. B. Düringer, Kronenstr. 18, Mannheim. Zum Preise von 25 Mark. Pünktliche Reparaturen. Übernahme ich bei Fremder Verleumdung. E. 535.

Detektiv Argus. Inallt u. Privat-Auskunft O. 5. 6. Planzen 2, 47 Fernspr. 3305. P. Maler & Co., G. m. b. H.

Der Vorstand der Badischen Bank. Bei Väter Stern Ruhäuser.

Bekanntmachung. Nach stattgehabter Verlosung wurden nachstehende Schuldberechtigungen der Israel. Gemeinde vom Anlehen des Jahres 1925 zur Bezahlung auf 1. Oktober d. J. bestimmt. Nr. 65, 71, 72, 85, 115, 170, 194, 225, 241, 266 mit je M. 500.-. Mit dem 1. Oktober d. J. endigt der Zinslauf. Die Einlösung erfolgt bei unserer Gemeindefasse M. 6, 12. Mannheim, 10. Juli 1925. Der Synagogenvorstand.

Güterrechtsregister. Mannheim. Zum Güterrechtsregister Band XV wurde am 29. Juni 1925 zu D. 3. 398 eingetragen: Franz Leopold Kidel, Kaufmann, Mannheim, und Maria Theresia geb. Müller daselbst. Durch Vertrag vom 23. Juni 1925 ist Erbschaftsgemeinschaft vereinbart. Vorbehaltsgut der Frau ist ihr im Vertrag vom 23. Juni 1925 verzeichnetes Vermögen.

Bekanntmachung. B. 236. Engen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneiders Oskar Karl in Engen ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Freitag, den 24. Juli 1925, vormittags 9 1/2 Uhr. Engen, 10. Juli 1925. Amtsgericht.

Konkursverfahren. B. 237. Freiburg. Im Konkurs der Firma Rosa Benninghaus - Joh. Ludwig Benninghaus in Freiburg findet Schlussverteilung statt, wozu M. 1005.- verfügbar sind, wovon M. 659.43 bevorrechtigte und M. 462.92 nichtbevorrechtigte Forderungen zu berücksichtigen sind. Die Nichtbevorrechtigten sind, die Rückforderungen zu erhalten demgemäß 7 1/2 % Schlussverteilung liegt beim Amtsgericht 3 zur Einsicht offen. Freiburg, 14. Juli 1925. Konkursverwalter: A. Kuhn.

B. 235. Breiten. Über das Vermögen der Landwirtin Frau Auguste Biefel-Ehrmann wurde heute am 13. Juli 1925, nachmittags 6 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Stielberger in Breiten ist zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum 1. September 1925 bei dem Gerichte anzumelden. Es ist Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlusfassung über die Befreiung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigeraussschusses und eintretendenfalls über die

B. 236. Engen. In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Schneiders Oskar Karl in Engen ist Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen bestimmt auf Freitag, den 24. Juli 1925, vormittags 9 1/2 Uhr. Engen, 10. Juli 1925. Amtsgericht.

Badischer Zentralanzeiger für Beamte

Anzeigebblatt für die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Beamten / Beilage zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger
Organ verschiedener Beamten-Bereinigungen

Nr. 28

Verlag: Erscheint jeden Mittwoch und kann einzeln für 10 Pfennig für jede Ausgabe, monatlich für 30 Pfennig zuzüglich Porto vom Verlage Karlsruhe I. 2.,
Karlsruherstraße 14, bezogen werden.

15. Juli 1925

Der Sparkommissar

Der Reichs-Sparkommissar, Staatsminister a. D. Saemisch, hat im Haushaltsausschuß des Reichstags einen ausführlichen Bericht über seine Tätigkeit erstattet, der von Interesse sein dürfte. — Die Bestellung eines Sparkommissars mag gewiß eine Notwendigkeit gewesen sein, und es ist anzuerkennen, daß er vor allem segensreich gewirkt hat bei der Lösung der „Rentabilitäts“-Frage der behördlichen Betriebe; in den Fragen des Personalabbaus ist seine Tätigkeit selbstverständlich von der Beamtenerschaft weniger begrüßt worden.

Nachstehend geben wir den Inhalt des Berichts von Herrn Saemisch:

Seine Tätigkeit, so führte er aus, habe sich nicht nur auf die Erstellung von Gutachten beschränkt; in erster Linie habe er immer versucht, die Reformen auch zur Annahme der von ihm für richtig gehaltenen Sparmaßnahmen zu bewegen. Dieses Bestreben sei ihm durch das weitgehende Verständnis, das man ihm entgegengebracht hat, wesentlich erleichtert worden. Vom Sparauschuß des Reichstages sei er in letzter Zeit des öfteren als Gutachter herangezogen worden, in dieser Eigenschaft habe er sich jedoch nie von den engherzigen Grundgedanken eines kleinsten Realismus leiten lassen. In der Folge zeigte Herr Saemisch die Wirkungen seiner Tätigkeit auf, wies auf die finanzielle Seite der Sparmaßnahmen hin und berührte auch die bereits jetzt stark in Erscheinung tretende Verminderung des behördlichen Schreibverkehrs. Seine gegenwärtigen Aufgaben seien noch nicht abgeschlossen, insbesondere stehe noch die örtliche Durchführung und Anwendung der Ergebnisse aus. Es sei nicht zu verkennen, daß die bloße Existenz eines Reichs-Sparkommissars eine gewisse psychologische Wirkung ausübe. In Zukunft werde sich seine Aufgabe auf die Sicherung des Erreichten und die Prüfung der örtlichen Verhältnisse erstrecken. Von Wichtigkeit sei auch die Einwirkung und Belehrung bei der Durchführung von Neuerungen auf Grund der in seinem Büro gewonnenen vergleichenden Einsicht und Erfahrungen, die Prüfung von Neueinstellungen, die bereits wieder geplant seien, gutachtliche Äußerungen bezüglich der Übernahme neuer Aufgaben, Mitwirkung bei der Aufstellung von Haushaltsvoranschlägen usw.

Es sei, so führte der Sparkommissar aus, eine begründete Forderung der Steuerzahler, die Verwaltungsmaschine so billig wie möglich arbeiten zu lassen. Dies sei ein wichtiger Grund, die Einrichtung eines Sparkommissars auch weiter zu erhalten. — Selbst im reichen Amerika habe sich dieser Gesichtspunkt mit Nachdruck durchgesetzt; noch mehr müsse er natürlich für das verarmte Deutschland gelten.

Einreden von Zivildienstberechtigten in Beamtenstellungen

Im Reichstag ist der folgende Antrag (Nr. 962) eingebracht worden:
Brüninghaus und Genossen. Der Reichstag wolle beschließen:

1. die Reichsregierung zu ersuchen, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden in weit größerem Umfange wie bisher den zivildienstberechtigten Angehörigen der Wehrmacht die Möglichkeit bieten, in Beamtenstellungen einzurücken.
Die Reichsregierung wird um möglichst baldige Vorlage einer Statistik ersucht, aus der hervorgeht:
a) wieviel zivildienstberechtigte seit dem 1. April 1923 in den öffentlichen Dienst übernommen sind,
b) welche Stellen vom 1. April 1923 ab den zivildienstberechtigten, getrennt nach Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, zur Verfügung stehen werden;
2. die Reichsregierung wolle Bestimmungen vorlegen, nach denen den zivildienstberechtigten, die für die Beamtenlaufbahn vornotiert sind, die Übergangsgebühren, auch über 3 Jahre hinaus, bis zur Einberufung gezahlt werden, unter der Voraussetzung, daß die betreffenden zivildienstberechtigten nicht etwa eine ihnen angebotene Stelle abgelehnt haben;
3. die Reichsregierung wolle eine bessere Anrechnung der Militärdienstzeit auf das Befoldungsdienstalter herbeiführen.

Berlin, den 28. Mai 1925.
Brüninghaus, Dr. Weder (Hessen), Vides, Dieck, Dewitz (Berlin), Erling, Graf zu Eulenburg, Dr. Haas (Baden), Hepp, Günlich, Künikler, Loibl, Rönneburg, Schmidt (Hannover), Dr. Scholz, D. Dr. Schreiber.

Erhöhung der Militärrenten wahrscheinlich

Dem Reichstag ist der Entwurf eines dritten Gesetzes zur Abänderung des Reichsversorgungsgesetzes und anderer Versorgungsgesetze zugegangen. Nach dem Entwurf ist beabsichtigt, die Militärrenten allgemein zu erhöhen unter besonderer Berücksichtigung der noch im Erwerbsleben stehenden Beschädigten und der erwerbsfähigen Witwen (40 vom Hundert statt bisher 30 vom Hundert der Vollrente). Darüber hinaus soll die Versorgung der Kriegereisten durch Einführung einer Elternbeihilfe eine wesentliche Verbesserung erfahren. Der Empfängerkreis für die vom Bedürfnis abhängige Zusatzrente wird durch günstigere Gestaltung der Einkommensgrenzen erweitert werden, und für Beschädigte, die 1923 wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit um nur 20 v. Hundert aus der Rentenversorgung ausgeschlossen sind, ist eine einmalige Nachzahlung von 50 Reichsmark vorgesehen, wenn sie nur ein geringes Ein-

kommen haben. Auch für frühere Offiziere und Kapitulanten bringt der Entwurf Verbesserungen, z. B. Erhöhung der Bestimmungszulage für Offiziere und der Zuschläge zum Witwen- und Waisengeld für ihre Hinterbliebenen, Erhöhung der Renten für Kapitulanten und günstigere Gestaltung der für sie geltenden Ruhevorschriften.

Berein mittlerer bad. Verwaltungsbeamten

Am 7. Juni ds. Js. fand in Heidelberg die 24. Hauptversammlung des Vereins mittlerer badischer Verwaltungsbeamten statt, die von über 100 Beamten besucht war. Über ihren Verlauf wird uns geschrieben:

Der 1. Vorsitzende Ruch-Greuburg eröffnete die Versammlung und gedachte zunächst der im abgelaufenen Vereinsjahre bestanden 2 Mitglieder. Dem hierauf erstatteten Tätigkeitsbericht ist zu entnehmen, daß auch im letzten Jahre die Veranstaltung ernstlich bemüht war, in einer Reihe von Vereinstätigkeiten und mündlichen und schriftlichen Vorstellungen bei den zuständigen Ministerien die Belange der mittl. bad. Verwaltungsbeamten wahrzunehmen und zu vertreten. Nachdem es nach zähem Kampf gelungen ist, weitere VIII er Stellen bewilligt zu erhalten, konnten die Kollegen der Prüfungsjahrgänge 1902, 1906 und 1904 sowie einer von 1905 nach VIII befördert werden. Traghebend sind aber die Beförderungsverhältnisse nach wie vor gleich trostlos. Die jetzt zur Beförderung nach VIII heranziehenden Kollegen des Prüfungsjahres 1905 haben ein Durchschnittsalter von bereits 39 Jahren, ohne daß für sie die Möglichkeit des Vorrückens gegeben wäre. Eine Abhilfe ist nur möglich durch die Einführung der Fußnote zur Bes.-Ordng. Hiergegen hat die Vereinsleitung im Benehmen mit dem Bund antriffl. Beamten bei den zuständigen Stellen die erforderlichen Anträge gestellt, die Aussicht auf Erfolg haben sollen. Durch die Fußnote könnte wenigstens erreicht werden, daß die Kollegen bis zum Prüfungsjahr 1908 einschf. für ihre Person die Bezüge nach VIII erhalten. Die Aufzählungsverhältnisse nach IX sind denkbar ungünstig. Durch den vollengeleiteten Abbau sind 80% der Stellen dieser Befoldungsgruppe verloren gegangen. Sobald das Sperrgesetz fällt, wird mit Nachdruck eine Vermehrung dieser Stellen gefordert werden. Alle Bemühungen auf Änderung der Amtsbeziehungen waren bis jetzt erfolglos.
Eine Reihe von Anträgen, die alle einstimmig angenommen wurden, befaßte sich mit der Verbesserung der Vorzählungsverhältnisse, dem Ausbau der Bezirksämter, Urlaubsdrehtzung u. a. m. Die Neuwahlen führten zur Wiederwahl des bisherigen Vereinsleiters.
Als nächster Tagungsort wurde — sofern sich eine gemeinsame Tagung mit fömtl. im Harde der geborenen mittl. Beamten Badens zusammenschließen Vereine nicht ermöglichen läßt — Überlingen bestimmt.

Was der Beamte für Familie u. Haushalt benötigt

Schuhe Schuhhaus Ammann
KARLSRUHE 405
Lammstr. 12 Lammstr. 12
für jeden Bedarf Billig und reell

Kunsthdlgung Wandschmuck
für jeden Geschmack
in reichster Auswahl
MOOS
KAISERSTR. Nr. 187 Eigene Werkstätte für
TELEPHON Nr. 994 Einrahmungen 406

Möbel Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen 41.389
einzelne Möbelstücke
in bekannt großer Auswahl im Möbelhaus
Maier Weinheimer
Karlsruhe Zahlungsvereinfachung. Kronenstr. 32
Kein Laden, daher billigste Preise

Herren- u. Damenräder
nur gute Marken, mit Garantie, bereits bei
20 Mark Anzahlung
prompt lieferbar. Verbände Sonderrabatt
Vertreter: **M. Burkert** 453
Kein Laden Karlsruhe, Waldstr. 8 Kein Laden

**Karlsruher
Lebensversicherungsbank
A.-G.**
Unsere Vertreter vermitteln
alle Arten Versicherungen.

A. KIEMLE
Frühlingstraße 13 KARLSRUHE Telefon 2354
Klubmöbel-Fabrik
Spezialität: 459
Klubfauteuils u. Sofas in sämtl. Leder- u. Stoff-
arten, Schreibstühle und Speisezimmerstühle
Stets Neuheiten. Bequeme Teilzahlung. Eigene Entwürfe

Spenglers Geschichts-Philosophie
Eine Kritik
Von
Prof. Dr. KARL SCHÜCK
Preis M. — 75
Verlag G. Braun, Karlsruhe i. B.

Sie gehen den richtigen Weg!
Kaufen Sie Ihre 435
DAMEN-KINDERHÜTE
bei WILHELM, KAISERSTR. 205

Nur nach Philippstr. 19
(Keinen Laden mehr)
ist das seit 25 Jahren bestehende.
**Möbel- u. Betten-Haus
Heinrich Karrer**
Straßenbahnlinie 1 und 2
Eigene Schreinerei und Polsterwerkstätte
Kein Laden — daher billige Preise
Große Auswahl in Qualitätsmöbel aller Art
Zahlungs-Erleichterung
Bitte genau auf die Firma zu achten
Karlsruhe - Mühlburg 446

Bezugsquellen für den Bedarf der Behörden

Stempel-Herdle
Waldstr. 44 KARLSRUHE Telefon 1133
Kautschuck-, Metall- und Signier-
Stempel, Email- u. Metallschilder
Sämtliche Stempelutensilien
Rascheste Lieferung

G. BRAUN KARLSRUHE
vormals G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag
Karlsruherstraße 14
Herstellung von Druckerarbeiten
für staatliche und städtische Behörden

GEBRÜDER BACHERT
KARLSRUHE i. B.
Liststr. 5 Tel. 443 41452
Glocken- und Metallgießerei
Eisen- und Tempergießerei

Druck G. Braun, Karlsruhe.